

11 AB



BESCHLUSS-(RESOLUTIONS-)ANTRAG

der Gemeinderät*innen Mag.^a Heidi Sequenz, Kilian Stark und Freund*innen (GRÜNE), eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 28.4.2021 zu Post 31 der heutigen Tagesordnung betreffend

Aufschub des Baus der Stadtstraße

BEGRÜNDUNG

Mit der Erhöhung der Sachkreditgenehmigung für den Bau der 22., HB Stadtstraße (von Anschlussstelle Hirschstetten bis Am Heidjöchl) um EUR 366,600.000,- (bei Gesamtkosten von EUR 460,700.000,-) beschließt der Wiener Gemeinderat heute die Finanzierung der „Stadtstraße“.

Ursprünglich war die Stadtstraße als einfache Zubringerstraße von der Seestadt Aspern zur A23 konzipiert, welche auch einige Ortskerne in der Donaustadt entlasten sollte. In der nun vorliegenden Form ist dieses Projekt völlig überdimensioniert und sollte wohl eher als die „Donaustadtautobahn“ bezeichnet werden und nicht als eine „Stadtstraße“.

Diese „Donaustadtautobahn“ ist in dieser Dimensionierung aus verkehrstechnischer Sicht für den regionalen Kfz-Verkehr aus der Donaustadt völlig unnötig. Für diesen würde ein schmalerer Straßenquerschnitt (2 Fahrspuren, Radwege und Gehsteige) völlig reichen. Vier Spuren machen höchstens und – wenn überhaupt – nur dann Sinn, wenn zusätzlich auch noch der überregionale Kfz-Verkehr aus dem Marchfeld über die geplante S1-Lobauautobahn und die S1-Spange zwischen Raasdorf und der Seestadt Aspern in die Donaustadt geholt werden soll.

Die S1-Lobauautobahn und damit auch die S1-Spange Seestadt schaden den Bewohner*innen der Donaustadt und der Stadt Wien insgesamt aber so sehr, dass sie nicht gebaut werden darf.

Gegen die S1-Lobauautobahn sprechen viele Gründe: Vergeudung von Steuergeldern, Gefährdung des Nationalparks Donauauen und damit des Wiener Grundwassers, Schädigung der lokalen Wiener Wirtschaft durch die Entstehung von neuen Einkaufszentren und Fachmärkten.

Durch die Induktion von neuem Autoverkehr würden im Donaukorridor täglich rund 50.000 Autos mehr fahren. Die Entlastungswirkung für die Südosttangente wäre äußerst gering und nicht nachhaltig.

Dieser zusätzliche Autoverkehr bedeutet eine hohe Mehrbelastung auf Wiens Straßen. Und natürlich bedeutet er auch einen großen Mehrverbrauch an fossilen Treibstoffen und damit höhere CO₂-Emissionen.

Nun haben sich das EU-Parlament und die Mitgliedsstaaten letzte Woche auf ein europäisches Klimagesetz geeinigt. Bis zum Jahr 2030 soll der CO₂-Ausstoß europaweit um „mindestens 55 Prozent“ gegenüber 1990 sinken.

In Österreich ist der Transportsektor in puncto CO₂-Ausstoß das größte Sorgenkind. In diesem Bereich haben die CO₂-Emissionen seit 1990 um ca. 75% zugenommen, während andere Sektoren stagnierten oder sogar zurückgingen.

Deshalb wäre es geradezu absurd, wenn Ende der 2020er-Jahre eine Autobahn in Betrieb genommen wird, welche den CO₂-Ausstoß von täglich rund 50.000 Kfz bedingen würde. Je weiter sich die Republik Österreich vom vertraglich vereinbarten Reduktionsziel entfernt, desto höher werden auch die Strafzahlungen ausfallen.

Es ist also davon auszugehen, dass die S1 zwischen Süßenbrunn und Schwechat nicht gebaut werden wird. Sowohl aus den o.a. klimapolitischen Überlegungen, als auch dem noch ungewissen Ausgang der anhängigen rechtlichen Verfahren.

Eine vierspurige „Donaustadtautobahn“ wäre ohne Anschluss an die Lobauautobahn aber völlig überdimensioniert und damit auch eine Verschwendung von Steuergeldern.

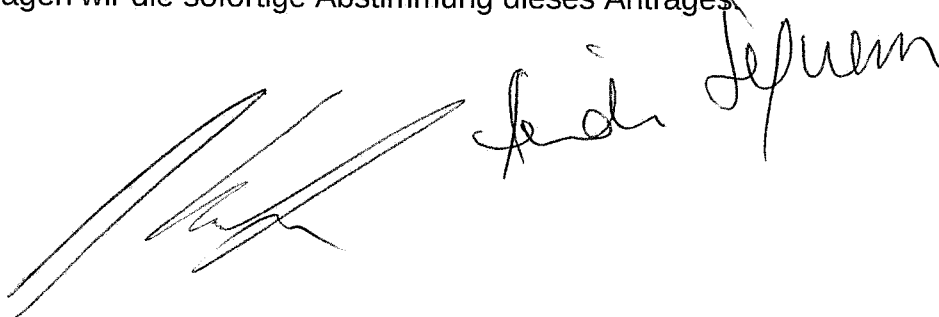
Die unterzeichnenden Gemeinderät*innen stellen daher gemäß 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat fordert die Frau amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität auf, sämtliche Vorarbeiten für die Umsetzung des Projekts Stadtstraße zu unterbrechen, bis für dieses und alle damit in Zusammenhang stehenden Straßenbauprojekte – das sind die Stadtstraße selbst, die S1 – Lobauautobahn und S1 – Spange Seestadt – sämtliche anhängigen Gerichts- und Verwaltungsverfahren rechtskräftig abgeschlossen sind.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages

Wien, am 28.4.2021

The image shows several handwritten signatures in black ink. The most prominent one on the right is written in a cursive style and appears to read 'Karin Jauern'. There are several other signatures to its left, some of which are more stylized and less legible.